



TÄTIGKEITSBERICHT 17

Aktivitäten von SOS Mitmensch im Jahr 2017. Zur Vorlage bei der ordentlichen Generalversammlung am 21. Juni 2018.

Erstellt am 25. Juni 2018.

INHALT

Fazit	3
Einleitung	6
Über SOS Mitmensch	6
Wie wir arbeiten	6
Kontrolle, Intervention und Innovation	7
Vernetzung und Unterstützung	12
Ehe Ohne Grenzen	12
Zukunftsbudget	12
Mitgliedschaften	12
Information und Hilfe	13
MO – Magazin für Menschenrechte	13
Informationsveranstaltung	13
Hilfe	13
Organisatorisches	14
Personelles	14
Chronologie	15

FAZIT

Auch 2017 hat SOS Mitmensch wieder eine Reihe an wichtigen Aktivitäten in den Bereichen Antirassismus, Demokratie, Gleichberechtigung, soziale Gerechtigkeit und Einsatz für Flüchtlingsrechte gesetzt. Im Folgenden ein Fazit zu einigen der Aktivitäten von SOS Mitmensch im Jahr 2017. Eine detailliertere Beschreibung findet sich unter dem Punkt „Kampagnen und Aktivitäten 2017“ (ab S. 9). Eine Chronologie der Aktivitäten von SOS Mitmensch findet sich unter dem Punkt „Chronologie“ (ab S. 17).

Anfang 2017 startete der Innenminister eine Initiative zur massiven Einschränkung des Demonstrationsrechts. SOS Mitmensch verurteilte diese Attacke auf ein demokratisches Grundrecht. Fast 20.000 Menschen unterzeichneten eine Protestpetition von SOS Mitmensch. Der Innenminister musste seinen Entwurf entschärfen. Teile der Einschränkungen des Versammlungsrechts wurden dennoch umgesetzt. Unter anderem wurde die Anmeldesperre für Demonstrationen von 24 auf 48 Stunden ausgedehnt und es wurde eine Verdrängungsregel eingeführt, die einen Mindestabstand von 50 bis 150 Metern zwischen Kundgebungen vorsieht.

SOS Mitmensch stemmte sich auch 2017 wieder gegen Regierungspläne, bei Mindestsicherung und Grundversorgung zu kürzen. Wir haben dazu unsere Informations- und Bewusstseinsarbeit fortgesetzt und uns vehement gegen das Gegeneinander-Ausspielen von Menschen ausgesprochen. Für 2018 ist die Vorlage eines Armutsverschärfungspakets durch die Regierung zu erwarten, das einen tiefen Riss im sozialen Netz zur Folge haben würde.

SOS Mitmensch setzte die Kampagne „Warum ich helfe?“ fort. Ziel der Kampagne ist es, die Menschen zu unterstützen, die sich bereits ehrenamtlich für Geflüchtete engagieren. Darüber hinaus sollen neue Menschen dazu animiert werden, ehrenamtliche Hilfe zu leisten. Im Rahmen der Kampagne berichten engagierte Menschen warum sie helfen und was sie anderen Menschen raten, die ehrenamtlich aktiv werden wollen.

SOS Mitmensch brachte darüber hinaus als Teil des Netzwerkes „Agenda Asyl“ Stellungnahmen zu den Fremdenrechtsänderungsgesetzen im Jahr 2017 ein und kritisierte geplante Verschlechterungen und Verschärfungen im Asylbereich.

Der unermüdliche Kampf gegen Hetze in Politik und Medien ging auch 2017 weiter. In einem bereits im Oktober 2015 von SOS Mitmensch bei der Staatsanwaltschaft Graz eingebrachten Fall – betreffend eines unter Verhetzungsverdacht stehenden Kommentars des Chefredakteurs der steirischen Kronenzeitung – kam es zu einem außergerichtlichen Tatausgleich. Es wurde eine Gelddiversion in der Höhe von 20.000 Euro und eine zweijährigen Bewährungsfrist ausgesprochen. SOS Mitmensch entschied, mit dem Geld nicht nur die eigene Arbeit für Menschenwürde und gegen Hetze zu stärken, sondern auch weitere Organisationen zu stärken, die sehr wertvolle Arbeit für Menschen auf der Flucht und für die Lebensperspektiven von nach Österreich geflüchteten Personen leisten.

Im März 2017 startete SOS Mitmensch das Experiment „Populistenpause“. Wir riefen die Menschen in Österreich dazu auf, einen Monat lang der populistischen und extremen Rechten

keine öffentliche Aufmerksamkeit zukommen zu lassen. Die „Populistenpause“ hatte spürbare Auswirkungen auf das Verhalten in sozialen Netzwerken. Um die Aufmerksamkeitsmaschinerie von Populisten zu durchbrechen, so die Schlussfolgerungen von SOS Mitmensch, sollte nur dort auf Provokationen reagiert werden, wo es sich um massive Grenzverletzungen handelt. Die von Populisten und Extremisten in Umlauf gebrachten Begriffe, Bilder und Botschaften sollten auf keinen Fall unkommentiert verbreitet und verstärkt werden. Umgekehrt sollten nichtpopulistische Themen und Aussagen stärker als bisher unterstützt und nach außen getragen werden.

Einen wichtigen Stellenwert in der Arbeit von SOS Mitmensch nahmen 2017 die Analyse der Integrationspolitik und das Einbringen von Vorschlägen für mehr Chancen und ein besseres Zusammenleben ein. Anfang 2017 veröffentlichte SOS Mitmensch die erste österreichweite Recherche zu Deutschkursangeboten für Asylsuchende. Die Erhebung förderte frappierende Unterschiede zwischen den Bundesländern zu Tage. Während Tirol, Wien und Salzburg vergleichsweise gute Sprachkursangebote bereitstellen, hinken andere Bundesländer hinterher. SOS Mitmensch forderte Verbesserungen in den Bundesländern und eine Initiative der Bundesregierung für ein flächendeckendes Deutschkursangebot für Asylsuchende. Einige Monate später förderte eine Erhebung von SOS Mitmensch zahlreiche Lücken und Hürden beim Bildungszugang von jungen Asylsuchenden zutage. Auch hier forderte SOS Mitmensch Verbesserungen, etwa was vorhandene Bildungs- und Ausbildungsplätze, Wartezeiten, die Mobilitätsinfrastruktur und den Informationsfluss betrifft.

Auf Initiative von SOS Mitmensch und anderen zivilgesellschaftlichen AkteurInnen Anfang 2017 eine Gruppe von mehr als 30 Expertinnen und Experten aus der Wissenschaft und der Integrations- und Menschenrechtsarbeit die Bundesregierung zur Änderung und Erweiterung des Integrationsgesetzes auf. Dazu wurde ein 10-Punkte-Programm für ein wirkungsvolles Integrationsgesetz präsentiert und eine Informationswebseite erstellt.

SOS Mitmensch übte im Frühjahr 2017 Kritik an der Ungleichbehandlung von Religionen. Religionsfreiheit genauso wie Religionskritik und religiöse Neutralitätsgebote müssten für alle Religionen gleichermaßen gelten. SOS Mitmensch wandte sich gegen eine Politik der Ausgrenzung von religiösen Minderheiten, die bei den Betroffenen Entfremdungsgefühle und Frontenbildung fördert. Zur sachlichen Unterfütterung der Debatte veröffentlichte SOS Mitmensch eine Recherche, wie unterschiedliche Länder mit der Frage des Tragens religiöser Bekleidung im juristischen Dienst und im Polizeidienst umgehen.

SOS Mitmensch initiierte 2017 zum dritten Mal eine Pass-Egal-Wahl, Gemeinsam mit KooperationspartnerInnen wurden am 10. Oktober Wahllokale in Wien, Graz, Linz, Salzburg, Innsbruck und Klagenfurt eröffnet, um gegen den Ausschluss von mehr als eine Million Menschen von der Demokratie in Österreich ein Zeichen zu setzen. Die Pass-Egal-Wahl 2017 endete mit einem neuen Beteiligungsrekord. Fast 1.900 Menschen ohne österreichischen Pass gaben ihre Stimme ab. Hinzu kamen hunderte Solidaritätsstimmen von Menschen mit österreichischer Staatsbürgerschaft.

SOS Mitmensch setzte 2017 zahlreiche Aktionen gegen Rassismus und Rechtsextremismus. Ein Schwerpunkt war der Kampf gegen die Übernahme von politischen Machtpositionen durch Rechtsextreme. Diese Übernahme konnte nicht verhindert werden, doch das Bewusstsein vieler Menschen wurde geschärft. So veröffentlichte SOS Mitmensch Recherchen, die die systematische Unterstützung der FPÖ-Führung für antisemitische, rassistische und neonazinahe Kreise dokumentierten. Dazu startete SOS Mitmensch auch eine Wanderausstellung, die an neun Stationen gezeigt wurde. SOS Mitmensch veröffentlichte darüber hinaus Videobotschaften von zwei Holocaust-Überlebenden, die sich tief betroffen darüber zeigten, dass in Österreich eine von rechtsextremen Burschenschaffern durchgesetzte Partei auf dem Sprung in die Regierung ist. Am 15. November 2017 veranstaltete SOS Mitmensch eine Lichterkette rund um das Regierungsviertel in Wien. Bis zu 10.000 Menschen bildeten eine mehr als einen Kilometer lange leuchtende Schutzkette rund um das Regierungsviertel als Signal an die österreichische Politik, Ministerien nicht die Hände von Rechtsextremen zu geben. Zum Abschluss der Koalitionsverhandlungen zwischen ÖVP und FPÖ warnte SOS Mitmensch vor einem gefährlichen Pakt, der zum Sprungbrett für Vertreter und Förderer des organisierten Rechtsextremismus in machtvollen und sicherheitsrelevante politische Ämter werden drohe. Sollten das Innen- und das Verteidigungsministerium an die FPÖ gehen, würden Personen mit Extremismusknähe sämtliche sicherheitsrelevanten Agenden in ihrer Hand haben. SOS Mitmensch appellierte an Bundespräsident Alexander Van der Bellen, dies nicht zuzulassen. Der Appell verhallte. Bundespräsident Van der Bellen argumentierte später, dass es seine oberste Priorität war, zu verhindern, dass das Justiz- und das Innenministerium beide in die Hände der FPÖ fallen.

EINLEITUNG

ÜBER SOS MITMENSCH

SOS Mitmensch ist eine Pressure Group, die sich lautstark und tatkräftig für die Durchsetzung der Menschenrechte einsetzt. Unser Ziel ist die Gleichberechtigung und Chancengleichheit aller Menschen.

Die Organisation wurde am 10. Dezember 1992 als Verein gegründet. Den Kern unserer Initiative bilden das Koordinationsbüro, ein Netzwerk von assoziierten Einzelpersonen sowie der Verein mit Vorstand. Wir finanzieren unsere Arbeit mit privaten Spenden und durch Sponsoring, viele unserer MitarbeiterInnen arbeiten ehrenamtlich.

Das Koordinationsbüro mit Sitz in Wien ist Drehscheibe der Aktivitäten von SOS Mitmensch. Der Vorstand ist das Steuerungs- und Kontrollgremium des Vereines und delegiert die Führung der Vereinsgeschäfte an die Geschäftsführung und das Koordinationsbüro. Die Generalversammlung besteht aus den ordentlichen Mitgliedern und tritt jährlich in der Vollversammlung zusammen. Die Ehrenmitglieder von SOS Mitmensch bilden das Kuratorium.

WIE WIR ARBEITEN

Kontrolle, Intervention und Innovation

SOS Mitmensch beobachtet die Menschenrechtssituation und interveniert bei Fehlentwicklungen. Daneben entwickeln wir auch eigene Vorschläge für Verbesserungen in menschenrechtlich relevanten Bereichen.

Vernetzung und Unterstützung

SOS Mitmensch unterstützt Menschen und Initiativen, die Wichtiges leisten. Wir beteiligen uns an regionalen und internationalen Netzwerken.

Information und Hilfe

SOS Mitmensch leistet konkrete Hilfe in Einzelfällen, wenn sich damit ein gesellschaftliches Defizit strukturell bearbeiten lässt. Wir organisieren Diskussionsveranstaltungen und Informationskampagnen.

Organisieren von Gegenmacht

SOS Mitmensch mischt sich ein. Wir beteiligen uns an der demokratischen Meinungs- und Willensbildung, indem wir gemeinsam mit anderen auf die Notwendigkeit der Menschenrechte aufmerksam machen.

KONTROLLE, INTERVENTION UND INNOVATION

Die Hauptaufgabe von SOS Mitmensch ist es, menschenrechtliche Defizite zu identifizieren, diese aufzuzeigen, Lösungen anzubieten und Druck bezüglich deren Umsetzung zu entfalten.

KAMPAGNEN UND AKTIVITÄTEN 2017

Aktiv für soziale Gerechtigkeit

SOS Mitmensch hat scharfe Kritik an den Plänen, bei Mindestsicherung und Grundversorgung zu kürzen, geübt. Kürzungen bei mittellosen Menschen verschärfen Armut und treffen insbesondere auch Kinder. SOS Mitmensch verwies darauf, dass bei Asylsuchenden und Asylberechtigten Sozialabbau Hand in Hand mit Integrationsabbau gehe. Für betroffene Menschen werde der Alltag erschwert, Mobilität eingeschränkt, finanzielle Krisen verschärft und jegliche kostenpflichtigen gesellschaftlichen sowie bildungsbezogenen Aktivitäten verunmöglicht. In diesem Zusammenhang übte SOS Mitmensch auch Kritik am Versuch, jene Menschen, die wenig haben, gegeneinander auszuspielen und es als „gerechte“ Maßnahme darzustellen, die Armut der einen zu vertiefen, damit andere einen „Vorsprung“ haben. SOS Mitmensch betont, dass die Frage der Gerechtigkeit erst dort beginnt, wo es nicht mehr um das Minimum für ein menschenwürdiges Leben geht, das alle benötigen, sondern um die wachsende Schere zwischen Reich und Arm und die enorme Kluft zwischen Vermögenseinkünften und Arbeitseinkünften.

Aktiv für Hilfsbereitschaft

Nach der Aufnahme von knapp 90.000 Asylsuchenden im Jahr 2015 und einem enormen Ausmaß an Hilfsbereitschaft vieler Menschen in Österreich, hat SOS Mitmensch daran mitgewirkt, dass sich die Welle der Hilfsbereitschaft für geflüchtete Menschen auch im Jahr 2016 fortsetzte. Dazu wurde eine Kampagne zur ehrenamtlichen Hilfe für Asylsuchende und Flüchtlinge gestartet und eine Info-Webseite erstellt, die Menschen, die privat helfen wollen, einen Überblick über die Möglichkeiten dazu bietet. Im Sommer 2016 startete SOS Mitmensch darüber hinaus die Kampagne „Warum ich helfe“. Wir veröffentlichten zahlreiche Porträts von Menschen, die sich ehrenamtlich in der Flüchtlingshilfe engagieren und die von ihren Erfahrungen berichten und zum Engagement ermutigen. Im Sommer 2017 wurde die „Warum ich helfe“-Kampagne fortgesetzt. Engagierte Menschen berichteten, warum sie helfen und was sie anderen Menschen raten, die ehrenamtlich aktiv werden wollen.

Aktiv für eine menschenrechtskonforme und menschliche Asylpolitik

Als Teil des Netzwerkes „Agenda Asyl“ brachte SOS Mitmensch Stellungnahmen zu den Fremdenrechtsänderungsgesetzen im Jahr 2017 ein und kritisierte geplante Verschlechterungen und Verschärfungen im Asylbereich.

Aktiv gegen Hetze in Politik und Medien

Im Oktober 2015 brachte SOS Mitmensch bei der Staatsanwaltschaft Graz eine Sachverhaltsdarstellung bezüglich eines Kommentars des Chefredakteurs der steirischen Kronenzeitung, Christoph Biró, ein. Der Kommentar stand unter Verhetzungsverdacht. Die Staatsanwaltschaft leitete ein Verfahren ein, das 2017 mit einem außergerichtlichen

Tatenausgleich endete - einer Gelddiversion in der Höhe von 20.000 Euro und einer zweijährigen Bewährungsfrist. Den Geldbetrag überwies Biró an SOS Mitmensch. SOS Mitmensch entschied, mit dem Geld nicht nur die eigene Arbeit für Menschenwürde und gegen Hetze zu stärken, sondern auch drei weitere Organisationen zu stärken, die sehr wertvolle Arbeit für Menschen auf der Flucht und für die Lebensperspektiven von nach Österreich Geflüchteten leisten: Border Crossing Spielfeld, Zebra und lobby16.

Aktiv gegen Populismus

Im März 2017 rief SOS Mitmensch die Menschen in Österreich dazu auf, einen Monat lang der populistischen und extremen Rechten keine öffentliche Aufmerksamkeit zukommen zu lassen. Die „Populistenpause“ hatte spürbare Auswirkungen auf das Verhalten in sozialen Netzwerken. Die Aufmerksamkeit für Populisten und Extremisten in sozialen Netzwerken ging zurück, wenn auch nicht auf null. Die „Populistenpause“ hat aber auch gezeigt, dass ein totales Ignorieren von Populisten und Extremisten weder möglich noch sinnvoll ist. Sehr wohl möglich und dringend geboten sind jedoch mehr Zurückhaltung und mehr Klugheit im Umgang mit ihrer Aufmerksamkeitsmaschinerie. Um diese Maschinerie zu durchbrechen, so die Schlussfolgerungen von SOS Mitmensch, sollte nur dort auf Provokationen reagiert werden, wo es sich um massive Grenzverletzungen handelt. Die von Populisten und Extremisten in Umlauf gebrachten Begriffe, Bilder und Botschaften sollten auf keinen Fall unkommentiert verbreitet und verstärkt werden. Umgekehrt sollten nichtpopulistische Themen und Aussagen stärker als bisher unterstützt und nach außen getragen werden.

Gesellschaftsklimatag 2017

Am Freitag, dem 28. April 2017, fand zum vierten Mal unter Beteiligung von SOS Mitmensch der Gesellschaftsklimatag statt. Unter dem Motto „Wir müssen reden!“ wurden an zahlreichen Orten „Sprechstunden der Vielfalt“ abgehalten. Bei einer „Sprechstunde der Vielfalt“ sitzen sich Menschen, die einander kennen oder einander noch nie begegnet sind, in zwei langen Reihen gegenüber und sprechen darüber, wie wir in unserem gemeinsamen Land zusammen leben wollen. Durch den persönlichen Austausch sollen die Filterblasen des Internets durchbrochen und Vorurteile abgebaut werden. Im Jahr 2017 fanden in fünf Bundesländern - Wien, Tirol, Vorarlberg, Burgenland und Oberösterreich - mehr als 25 Veranstaltungen zum Gesellschaftsklimatag statt.

Integrationspolitik analysieren und gestalten

Eine Anfang 2017 veröffentlichte Recherche von SOS Mitmensch zu Deutschkursangeboten für Asylsuchende hat frappierende Unterschiede zwischen den Bundesländern zu Tage gefördert. Während Tirol, Wien und Salzburg vergleichsweise gute Sprachkursangebote bereitstellen, hinken andere Bundesländer hinterher. SOS Mitmensch forderte Verbesserungen in den Bundesländern und eine Initiative der Bundesregierung für ein flächendeckendes Deutschkursangebot für Asylsuchende. Die Recherche von SOS Mitmensch ist der erste umfassende Bundesländervergleich zum Angebot von Deutschkursen für Asylsuchende. Erhoben wurde, ob es im jeweiligen Bundesland einen Masterplan für flächendeckende Deutschkurse gibt, wie viele Asylsuchende tatsächlich einen Kurs besuchen können, wie intensiv die Kurse sind, welche Kursniveaus angeboten werden und wie lange die Wartezeiten für die Kursteilnahme sind. Insgesamt auffallend sind die extremen Unterschiede zwischen den

neun Bundesländern. So bewegt sich die Bandbreite beim Abdeckungsgrad der Kurse zwischen 25 und 86 Prozent der Asylsuchenden. Wer einen Kurs besuchen kann, erhält zwischen nur einer und 20 Stunden Unterricht pro Woche. Für Asylsuchende ist es ein Lotteriespiel, ob sie in einem Bundesland landen, das Deutsch lernen ermöglicht, oder ob sie für Monate oder sogar Jahre zum Herumsitzen und Nichtstun verdammt sind.

Eine im Frühling 2017 veröffentlichte Erhebung von SOS Mitmensch förderte zahlreiche Lücken und Hürden beim Bildungszugang von jungen Asylsuchenden zutage. Problematisch ist nicht nur der Ausschluss von Asylsuchenden von der Ausbildungspflicht, sondern auch fehlende Bildungsplätze, Wartezeiten, abgelegene Quartiere und Einschränkungen beim Zugang zur Lehre. SOS Mitmensch forderte Verbesserungen in den Bundesländern und eine bundeseinheitliche Strategie. Die Recherche von SOS Mitmensch offenbart, wie schon bei der Erhebung zu den Deutschkursangeboten, gravierende Unterschiede zwischen den Bundesländern, sowohl was vorhandene Bildungs- und Ausbildungsplätze als auch was Wartezeiten, die Mobilitätsinfrastruktur und den Informationsfluss betrifft. Bei der Anzahl der Übergangsklassen zu höheren Schulen schneiden etwa Tirol und die Steiermark derzeit am besten ab, während das Burgenland das Schlusslicht ist. Was die Anzahl an Lehrplätzen für Asylsuchende betrifft, liegen derzeit Oberösterreich und Tirol vorne, während Wien, Kärnten, das Burgenland und Niederösterreich nur ein sehr niedriges Lehrplatzangebot haben. Verbesserungsbedarf beim Zugang zu Bildung und Ausbildung gibt es jedoch in allen Bundesländern.

Eine Gruppe von mehr als 30 Expertinnen und Experten aus der Wissenschaft und der Integrations- und Menschenrechtsarbeit forderte die Bundesregierung zur Änderung und Erweiterung des Integrationsgesetzes auf. Dazu wurde von den ExpertInnen gemeinsam mit SOS Mitmensch und anderen VertreterInnen der Zivilgesellschaft ein 10-Punkte-Programm für ein wirkungsvolles Integrationsgesetz präsentiert. Kurz darauf ging die Webseite <http://integrationsexpertinnen.at/> online, auf der Lösungsansätze für eine wirkungsvolle Integrationspolitik gesammelt werden.

Aktiv gegen religiöse Ungleichbehandlung

SOS Mitmensch übte Kritik an den Aussagen von Minister Sebastian Kurz und des Vorsitzenden des Integrationsrates Prof. Heinz Faßmann, wonach es künftig im Staatsdienst „um der religiösen Neutralität willen“ ein Kopftuchverbot geben solle, während zugleich andere religiöse Symbole nicht von einem Verbot betroffen sein sollen. Wer tatsächlich religiöse Neutralität erreichen will, darf nicht religiöse Ungleichbehandlung fordern. Und wer Integration stärken will, darf nicht Ausgrenzung, Entfremdungsgefühle und Frontenbildung fördern. Zur sachlichen Unterfütterung der Debatte veröffentlichte SOS Mitmensch eine Recherche, wie andere Länder mit der Frage des Tragens religiöser Bekleidung im juristischen Dienst und im Polizeidienst umgehen.

Aktiv gegen Einschränkung von demokratischen Grundrechten

Anfang 2017 startete Innenminister Wolfgang Sobotka eine Initiative zur massiven Einschränkung des Demonstrationsrechts. SOS Mitmensch verurteilte diese Attacke auf die Freiheit unserer Gesellschaft. Fast 20.000 Menschen unterzeichneten eine Protestpetition von

SOS Mitmensch gegen die Einschränkung des Demonstrationsrechts. Die Petition wurde einem Vertreter des Innenministeriums überreicht. Es gelang, den Entwurf von Minister Sobotka zu entschärfen. Teile der Einschränkungen des Versammlungsrechts wurden dennoch umgesetzt. Unter anderem wurde die Anmeldesperre für Demonstrationen von 24 auf 48 Stunden ausgedehnt und es wurde eine Verdrängungsregel eingeführt, die einen Mindestabstand von 50 bis 150 Metern zwischen Kundgebungen vorsieht. SOS Mitmensch betont, dass Demokratieabbau auch bereits in geringem Ausmaß eine gefährliche Sache ist.

Aktiv für mehr Demokratie

SOS Mitmensch initiierte 2017 zum dritten Mal eine Pass-Egal-Wahl, Gemeinsam mit KooperationspartnerInnen wurden am 10. Oktober Wahllokale in Wien, Graz, Linz, Salzburg, Innsbruck und Klagenfurt eröffnet, um gegen den Ausschluss von mehr als eine Million Menschen von der Demokratie in Österreich ein Zeichen zu setzen. Die Pass-Egal-Wahl 2017 endete mit einem neuen Beteiligungsrekord. Fast 1.900 Menschen ohne österreichischen Pass gaben ihre Stimme ab. Hinzu kamen hunderte Solidaritätsstimmen von Menschen mit österreichischer Staatsbürgerschaft. Das Ziel, die größte Pass-Egal-Wahl der Geschichte abzuhalten, wurde erreicht. Insgesamt beteiligten sich Menschen mit Pässen von mehr als 70 Ländern von allen Kontinenten dieser Erde. Zahlreiche Prominente, darunter ORF-Star Dirk Stermann, Autorin Sabine Gruber, Regisseurin Carolin Pienkos, Schauspieler Cornelius Obonya, die Sängerin Eloui und der Musical-Star Drew Sarich gaben ihre Stimme ab. Es zeigte sich wieder einmal, wie tief es Menschen berührt, wenn sie sich demokratisch beteiligen können. Die Pass-Egal-Wahl ist damit weit mehr als nur eine symbolische Wahl, sie ist ein wichtiger demokratischer Akt.

Aktiv gegen Rassismus und Rechtsextremismus

SOS Mitmensch übte Anfang 2017 scharfe Kritik an der massiven Unterstützung der Grazer FPÖ-Führung für die rechtsextreme und neonazinahe Zeitschrift „Aula“. Gegen das antisemitische und rassistische Magazin war von Holocaust-Überlebenden eine einstweilige Verfügung erwirkt worden. Dennoch traten der Grazer FPÖ-Obmann Eustacchio und sein Klubobmann Sippel vor den Gemeinderatswahlen in Graz in der „Aula“ in diversen Inseratschaltungen, Interviews und Werbetexten auf.

Noch vor der Nationalratswahl startete SOS Mitmensch die E-Mail-Aktion „Keine Ministerämter für Rechtsextreme und Hetzer!“ Damit sollte noch vor der Wahl ein klares Statement gegenüber der Politik abgegeben werden. SOS Mitmensch rief die Spitzen der Parlamentsparteien dazu auf, eine Garantie abzugeben, nach der kommenden Wahl keine Rechtsextremen und Hetzer in Ministerämter zu befördern. Neos und Grüne gaben eine solche Garantie ab. Bundeskanzler Christian Kern betonte in seinem Antwortschreiben, dass „wir nicht mit Parteien zusammenarbeiten, die gegen Menschen und Minderheiten hetzen.“ Vom ÖVP-Spitzenkandidaten Sebastian Kurz kam kein Antwortschreiben.

SOS Mitmensch veröffentlichte wenige Wochen vor der Nationalratswahl eine Recherche, die die systematische Unterstützung der FPÖ-Führung für antisemitische, rassistische und neonazinahe Kreise dokumentierte. Die Recherche zeigte ein seit Jahren bestehendes System der gegenseitigen Förderung von FPÖ und der rechtsextremen und neonazinahen „Aula“.

Am Tag nach der Wahl rief SOS Mitmensch Bundespräsident Alexander Van der Bellen, ÖVP-Obmann Sebastian Kurz und SPÖ-Obmann Christian Kern auf, rechtsextreme und neonazinahe Kreise nicht mit Regierungsmacht auszustatten. Es gelte das Wahlergebnis, aber zugleich die Stimme dagegen erheben, dass in Österreich rechtsextreme und neonazinahe Personen an die Hebel der Macht kommen.

In einer gemeinsamen Pressekonferenz veröffentlichten SOS Mitmensch, das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, das Mauthausen Komitee Österreich und der Autor Hans-Henning Scharsach kurz nach der Nationalratswahl weitere Recherchen über die Verstrickung der FPÖ in Rechtsextremismus.

Gleichzeitig mit der Veröffentlichung der Rechercheergebnisse zur Verstrickung der FPÖ in Antisemitismus, Rassismus und neonazinahe Kreise startete SOS Mitmensch eine Wanderausstellung. Die Ausstellung wurde an neun Stationen in Wien gezeigt.

SOS Mitmensch veröffentlichte darüber hinaus Videobotschaften von zwei Holocaust-Überlebenden zur Regierungsbildung. Rudolf Gelbard und Helga Feldner-Busztin gehören zu den letzten noch lebenden Zeitzeugen des Holocaust. Beide zeigten sich tief betroffen darüber, dass in Österreich eine Partei in die Regierung kommen könnte, die von rechtsextremen Burschenschaftlern durchsetzt ist.

Am 15. November 2017 veranstaltete SOS Mitmensch eine Lichterkette rund um das Regierungsviertel in Wien. Bis zu 10.000 Menschen bildeten eine mehr als einen Kilometer lange leuchtende Schutzkette rund um das Regierungsviertel als Signal an die österreichische Politik, Ministerien nicht die Hände von Rechtsextremen zu geben.

Während der Koalitionsverhandlungen zwischen ÖVP und FPÖ veröffentlichte SOS Mitmensch ein Dossier über die unterschiedliche Verstrickung von FPÖ-Führungskräften in Extremismus bis hin zur Nähe zu neonazistischen und verfassungsfeindlichen Organisationen.

Zum Abschluss der Koalitionsverhandlungen warnte SOS Mitmensch vor einem gefährlichen Pakt zwischen ÖVP und FPÖ, der zum Sprungbrett für Vertreter und Förderer des organisierten Rechtsextremismus in machtvollen und sicherheitsrelevante politische Ämter werden drohe. Sollten das Innen- und das Verteidigungsministerium an die FPÖ gehen, würden Personen mit Extremismusknähe sämtliche sicherheitsrelevanten Agenden in ihrer Hand haben. SOS Mitmensch appellierte daher einmal mehr an Bundespräsident Alexander Van der Bellen, nicht zuzulassen, dass sicherheitsrelevante Ministerien, wie das Innen- und Verteidigungsministerium, von Vertretern und Förderern des organisierten Rechtsextremismus übernommen werden. Der Appell verhallte. Bundespräsident Van der Bellen argumentierte später, dass es seine oberste Priorität war, zu verhindern, dass das Justiz- und das Innenministerium beide in die Hände der FPÖ fallen.

VERNETZUNG UND UNTERSTÜTZUNG

EHE OHNE GRENZEN

SOS Mitmensch unterstützt wichtige zivilgesellschaftliche Initiativen mit Ressourcen und Know-how, um den Aufbau menschenrechtsorientierter zivilgesellschaftlicher Einrichtungen zu fördern. Ziel ist es, in der Aufbauphase eine Stütze zu geben, damit die Initiativen ihre Aufgaben mittelfristig unabhängig wahrnehmen können. Dies ist bislang mit dem Verein Mirno More, ZARA und dem Verein Ute Bock gelungen.

Seit Ende 2006 stellt SOS Mitmensch der Initiative Ehe ohne Grenzen kostenlos Büro und Infrastruktur zur Verfügung. Außerdem wurde die Anstellung der Koordinatorin vorübergehend über SOS Mitmensch abgewickelt. Ehe ohne Grenzen hat sich als führende Organisation für Fragen binationaler Ehen etabliert.

ZUKUNFTSBUDGET

SOS Mitmensch beteiligte sich im Rahmen der Allianz „Wege aus der Krise“ an den Protesten von Familienverbänden, Bildungseinrichtungen und Gewerkschaften gegen das unsoziale Budget der Bundesregierung.

MITGLIEDSCHAFTEN

SOS Mitmensch ist Mitglied der Armutskonferenz. Darüber hinaus ist SOS Mitmensch Teil der Allianz „Wege aus der Krise“, des Netzwerks „Jetzt Zeichen setzen“, des Gesellschaftsklimabündnisses sowie der Allianz „Agenda Asyl“.

INFORMATION UND HILFE

MO – MAGAZIN FÜR MENSCHENRECHTE

MO – Magazin für Menschenrechte wurde Ende 2004 gegründet und hat sich seither im Alternativ-Mediensegment etabliert. Das Magazin kann immer wieder mit Schwerpunkten Impulse setzen, die auch von Mainstream-Medien aufgegriffen werden.

Auch 2017 wurde das 2010 ins Leben gerufene Kolportage-Projekt fortgesetzt. Dieses bietet vom Arbeitsmarkt de facto ausgeschlossenen Menschen die Möglichkeit, sich für ihren Lebensunterhalt etwas dazu zu verdienen. Besonderen Wert legt das Projekt darauf, die KolporteurInnen zu stärken und ihre Selbstermächtigung zu fördern.

Kolportage Workshops 2017 - Zusammenfassung

Insgesamt fanden die Schulungen an 4 verschiedenen Terminen statt, wobei 42 KolporteurInnen teilnahmen. Der Hauptfokus lag in der Einschulung von KolporteurInnen, die erst seit kurzem Teil des Kolportageprojektes sind. Die Workshops wurden von der ehemaligen Praktikantin Teresa Wailzer mit ehrenamtlicher Unterstützung von Alexandra Musat in rumänischer Sprache abgehalten.

In der Schulung wurden verschiedene Aspekte der Kolportage besprochen. Ein Schwerpunkt lag in der Aufarbeitung und Besprechung regelmäßiger Beschwerden über KolporteurInnen. Auf dieser Basis wurden die Regeln und Richtlinien, die wir den KolporteurInnen vorgeben, besprochen und die KolporteurInnen hinsichtlich der Folgen von Fehlverhalten und Regelverstößen sensibilisiert. Darüber hinaus hatten auch die KolporteurInnen ihrerseits die Möglichkeit, über Probleme (v.a. die während des Straßenzeitungsverkaufes) zu berichten und sich auszutauschen. U.a. in Reaktion darauf wurde über den richtigen Umgang mit der Polizei und ihre Rechte informiert. Außerdem wurde der rechtliche Rahmen, in dem sich die Straßenzeitungs-Kolportage bewegt, besprochen.

INFORMATIONSVORANSTALTUNG

SOS Mitmensch bzw. VertreterInnen traten bei zahlreichen Informationsveranstaltungen und Workshops zu den unterschiedlichsten Themen unseres Arbeitsfeldes auf.

HILFE

Zahlreiche Menschen wendeten sich auch 2017 wieder an SOS Mitmensch, um Beratung und Hilfe zu erhalten. Konkrete Hilfe leistet SOS Mitmensch, wenn menschenrechtliche Probleme damit in Ihrer strukturellen Dimension bearbeitet werden können. Meist nimmt diese Hilfe deshalb die Form einer „Fall-Arbeit“ an, die mit Öffentlichkeitsarbeit verbunden ist. Vielfach fungiert SOS Mitmensch auch als Organisation, die Hilfe suchende Menschen an zuständige Stellen und Einrichtungen weiterleitet oder Kontakte zu Hilfseinrichtungen herstellt.

ORGANISATORISCHES

PERSONELLES

2017 IM TEAM

Sprecher und inhaltlicher Geschäftsführer

Alexander Pollak

Kaufmännische Geschäftsführung

Gerlinde Affenzeller

Büroleitung

Bernhard Spindler

Fundraising

Katharina Hofmann-Sewera

Kampagnen und Verwaltung

Sonja Dries / Evelyn Steinhäler

Redaktion MO

Gunnar Landsgeßell

Business Development MO

Magdalena Summereder

Schulung MO-Kolportage

Teresa Wailzer

Buchhaltung

Margareth Buchschwenter

EDV

Thomas Just, Martin Hefler

Reinigungskraft

Alicja Zur

Ehrenamtliche

2017 dauerhaft ehrenamtlich tätig: Elke Heinzl. Darüber hinaus gab es 2016 zahlreiche weitere ehrenamtliche HelferInnen und UnterstützerInnen.

CHRONOLOGIE

Jänner

08. Jänner 2017 SOS Mitmensch übt Kritik an den Aussagen von Minister Sebastian Kurz und des Vorsitzenden des Integrationsrates, Prof. Heinz Faßmann, wonach es künftig im Staatsdienst „um der religiösen Neutralität willen“ ein Kopftuchverbot geben solle, während zugleich andere religiöse Symbole nicht von einem Verbot betroffen sein sollen. „Wer tatsächlich religiöse Neutralität erreichen will, darf nicht religiöse Ungleichbehandlung fordern“, kritisiert Alexander Pollak, Sprecher von SOS Mitmensch.

13. Jänner 2017 Eine Recherche von SOS Mitmensch zu Deutschkursangeboten für Asylsuchende hat frappierende Unterschiede zwischen den Bundesländern zu Tage gefördert. Während Tirol, Wien und Salzburg vergleichsweise gute Sprachkursangebote bereitstellen, hinken andere Bundesländer hinterher. SOS Mitmensch fordert Verbesserungen in den Bundesländern und eine Initiative der Bundesregierung für ein flächendeckendes Deutschkursangebot für Asylsuchende.

16. Jänner 2017 SOS Mitmensch übt scharfe Kritik an der massiven Unterstützung der Grazer FPÖ-Führung für die Zeitschrift „Aula“. Gegen das antisemitische und rassistische Magazin wurde vor kurzem von Holocaust-Überlebenden eine einstweilige Verfügung erwirkt. Dennoch treten der Grazer FPÖ-Obmann Eustacchio und sein Klubobmann Sippel in der Dezemberausgabe der „Aula“ in diversen Inseratschaltungen, Interviews und Werbetexten auf.

19. Jänner 2017 SOS Mitmensch übt gemeinsam mit anderen NGOs Kritik am geplanten Fremdenrechtsänderungsgesetz 2017. Der Zusammenschluss "Agenda Asyl", bestehend aus asylkoordination österreich, Diakonie, Integrationshaus, SOS Mitmensch und Volkshilfe, hat eine Stellungnahme zum Begutachtungsverfahren des Gesetzesentwurfs eingereicht.

19. Jänner 2017 SOS Mitmensch ruft auf zur Teilnahme an der Kundgebung „Keine Normalisierung des Rechtsextremismus!“ des Bündnisses JETZT ZEICHEN SETZEN am Freitag, den 3.2.2017 um 16.00 Uhr am Ballhausplatz.

26. Jänner 2017 SOS Mitmensch beteiligt sich an der Forderung einer Gruppe von Expertinnen und Experten aus der Wissenschaft und der Integrationsarbeit, das derzeit in Verhandlung befindliche Integrationsgesetz nicht auf plakativen Botschaften aufzubauen. Die ExpertInnen kündigen an, am 21. Februar ein 10-Punkte-Programm für ein wirkungsvolles Integrationsgesetz präsentieren zu wollen.

Februar

02. Februar 2017 SOS Mitmensch übt scharfe Kritik an Aussagen von Innenminister Wolfgang Sobotka, wonach er das Demonstrationsrecht massiv einschränken wolle. Das sei eine Attacke auf die Freiheit unserer Gesellschaft, so SOS Mitmensch.

03. Februar 2017 SOS Mitmensch gibt bekannt, dass bereits mehr als 8.000 Personen für den Schutz des Demonstrationsrechts unterzeichnet haben. Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner protestieren gegen die von Innenminister Wolfgang Sobotka angekündigte massive Einschränkung des Versammlungsrechts.

04. Februar 2017 SOS Mitmensch gibt bekannt, dass bereits mehr als 10.000 für den Schutz des Demonstrationsrechts unterzeichnet haben.

06. Februar 2017 SOS Mitmensch gibt bekannt, dass bereits mehr als 13.500 für den Schutz des Demonstrationsrechts unterzeichnet haben.

07. Februar 2017 SOS Mitmensch zeigt sich entsetzt über den nun von Medien an die Öffentlichkeit gespielten Entwurf des Innenministers zur Einschränkung der Demonstrationsfreiheit. „Die Berichte über den Gesetzesentwurf bestätigen die schlimmsten Befürchtungen. Es scheint, als ob der Innenminister in einen Machtrausch verfallen ist, der nicht einmal vor dem hohen Gut Demonstrationsfreiheit Halt macht“, kritisiert Alexander Pollak, Sprecher von SOS Mitmensch.

07. Februar 2017 SOS Mitmensch begrüßt die Zurückweisung der Vorschläge des Innenministers zur Einschränkung des Versammlungsrechts durch den Bundeskanzler. Mit Grundelementen einer Demokratie betreibt man keine Machtspiele, so die Menschenrechtsorganisation, die in den vergangenen Tagen annähernd 17.000 Unterschriften zum Schutz der Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit gesammelt hat.

15. Februar 2017 SOS Mitmensch kündigt eine vom 1. bis 31. März stattfindende Populistenpause an in der rechten Provokationen in Österreich keine Aufmerksamkeit geschenkt werden soll.

20. Februar 2017 SOS Mitmensch gibt den Termin für die Präsentation eines 10-Punkte-Programms für ein wirkungsvolles Integrationsgesetz am 21. Februar bekannt, das von mehr als 30 Expertinnen und Experten aus der Wissenschaft und der Integrations- und Menschenrechtsarbeit erarbeitet wurde. Die Organisation fordert die Bundesregierung zur Änderung und Erweiterung des derzeit in Begutachtung befindlichen Integrationsgesetzes auf.

21. Februar 2017 Die Gruppe der 30 ExpertInnen aus der Wissenschaft sowie der Integrations- und Menschenrechtsarbeit fordert die Bundesregierung zur Änderung und Erweiterung des derzeit in Begutachtung befindlichen Integrationsgesetzes auf. Der Gesetzesentwurf weise erhebliche Lücken auf und gehe in Teilbereichen in die falsche Richtung, so die ExpertInnen.

22. Februar 2017 Die renommierte Sprachwissenschaftlerin Prof. Ruth Wodak unterstützt die von SOS Mitmensch für März ausgerufene „Populistenpause“. SOS Mitmensch ruft die österreichische Bevölkerung zum Mitmachen bei dieser bislang einzigartigen Aktion auf.

28. Februar 2017 SOS Mitmensch ruft die Bevölkerung dazu auf, den politischen Populisten und Extremisten in Österreich im Rahmen der Populistenpause einen Monat lang keine Aufmerksamkeit in sozialen Netzwerken zu schenken.

März

01. März 2017 Zahlreiche Menschen bekunden ihre Unterstützung zum Beginn der ersten österreichischen „Populistenpause“. SOS Mitmensch ruft die österreichische Bevölkerung zum Mitmachen bei dieser Aktion auf.

03. März 2017 Das aktuelle MO Magazin erscheint. Darin spricht unter anderem der armenisch-türkische Journalist, Blogger und Aktivist Hayko Bagdat über die aktuelle Situation in der Türkei und den enormen Druck auf Medien. Der Journalist ruft dazu auf, Druck auf Facebook & Co zu machen, keine Eingriffe und Sperren mehr durch die türkische Regierung zuzulassen.

07. März 2017 SOS Mitmensch übt aus Anlass des Endes der Begutachtungsfrist für das Integrationsgesetz Kritik an markanten Leer- und Schwachstellen im Gesetzesentwurf. Das Gesetz enthalte zwar einige wichtige Maßnahmen, es weise aber auch Lücken und problematische Passagen auf und drohe zu einer verpassten Chance zu werden. Nachbesserungen und Erweiterungen des Gesetzesentwurfs seien notwendig, so SOS Mitmensch.

08. März 2017 SOS Mitmensch warnt vor einer Einschränkung der Demonstrationen durch die Hintertür. Innenminister Wolfgang Sobotka versuche die aufgeheizte Diskussion rund um Auftritte türkischer Politiker in Europa zu missbrauchen, um einen erneuten Angriff auf das Demonstrationsrecht zu starten. Bundeskanzler Kern müsse bei seinem klaren Nein zu Einschränkungen der Demonstrationen bleiben.

16. März 2017 Vor der zwischen SPÖ und ÖVP stattfindenden Verhandlungsrunde zum Versammlungsrecht warnt SOS Mitmensch vor einem Abbau demokratischer Rechte in Österreich.

21. März 2017 SOS Mitmensch übt scharfe Kritik an der von SPÖ und ÖVP paktierten Einschränkung des Versammlungsrechts. Die Regierung setze damit Schritte in Richtung Abbau demokratischer Rechte. Die Ausübung des für eine funktionierende Demokratie so wichtigen Demonstrationsrechts werde erschwert, warnt die Menschenrechtsorganisation.

23. März 2017 Nach dem Willen der österreichischen Bundesregierung sollen PolizistInnen, RichterInnen und StaatsanwältInnen dazu verpflichtet werden, „religiös neutral aufzutreten“. Die Vorsitzende der Fachgruppe Grundrechte der Richtervereinigung kritisiert die Vorgangsweise als „nicht seriös“. SOS Mitmensch hat recherchiert, wie andere Länder mit der Frage des Tragens religiöser Bekleidung im juristischen Dienst und im Polizeidienst umgehen.

27. März 2017 Im Oktober 2015 brachte SOS Mitmensch bei der Staatsanwaltschaft Graz eine Sachverhaltsdarstellung bezüglich eines Kommentars des Chefredakteurs der steirischen Kronenzeitung, Christoph Biró, ein. Der Kommentar stand unter Verhetzungsverdacht. Die Staatsanwaltschaft leitete ein Verfahren ein, das nun mit einer Gelddiversion in der Höhe von 20.000 Euro und einer zweijährigen Bewährungsfrist endete. Den Geldbetrag überwies Biró an SOS Mitmensch. SOS Mitmensch will mit dem Geld auch andere Organisationen stärken.

31. März 2017 SOS Mitmensch zufolge hat die Populistenpause spürbare Auswirkungen auf das Verhalten in sozialen Netzwerken gehabt.

April

10. April 2017 SOS Mitmensch kündigt den vierten Gesellschaftsklimatag am 28. April an. Diesen Tag widmen zahlreiche Vereine und Institutionen der Verbesserung des gesellschaftlichen Klimas in Österreich. Unter dem Motto „Wir müssen reden!“ werden an verschiedenen Orten „Sprechstunden der Vielfalt“ abgehalten.

12. April 2017 SOS Mitmensch übt in einer Stellungnahme scharfe Kritik am Regierungsentwurf zum neuen Versammlungsgesetz. Die vorgesehenen „Schutzbereiche“ für Versammlungen könnten Hetzkundgebungen, etwa vor Asylquartieren, Raum verschaffen, warnt die Menschenrechtsorganisation. Den Verbotsparagraphen für „politisch tätige Drittstaatsangehörige“ bezeichnet SOS Mitmensch als „diffus und gefährlich“.

22. April 2017 SOS Mitmensch hat die von fast 20.000 Menschen unterzeichnete Protestpetition gegen die Einschränkung des Demonstrationsrechts einem Vertreter des Innenministeriums sowie SPÖ-Klubobmann Andreas Schieder überreicht. Dabei wurden die massiven Kritikpunkte an der geplanten Gesetzesänderung dargelegt und auf die Gefahr von Demokratieabbau hingewiesen.

22. April 2017 SOS Mitmensch stuft die geplanten weiträumigen „Schutzbereiche“ für Versammlungen von bis zu 150 Metern als hochproblematisch ein. Die Menschenrechtsorganisation betont, dass der Schutz von politischen Versammlungen wichtig sei, zugleich müsse es aber möglich sein, Gegenkundgebungen in unmittelbarer Nähe zu veranstalten, um etwa Zeichen gegen Hetzkundgebungen zu setzen. Die geplanten „Schutzbereiche“, die in Wahrheit Verdrängungszonen seien, würden aber genau das verhindern, so SOS Mitmensch.

24. April 2017 SOS Mitmensch verkündet das Onlinegehen der Website <http://integrationsexpertinnen.at/>. Auf der Webseite werden Lösungsansätze für eine wirkungsvolle Integrationspolitik gesammelt. Es handelt sich um ein Folgeprojekt des von mehr als 30 unabhängigen Integrations-ExpertInnen präsentierten „Zehn-Punkte-Papier für ein wirkungsvolles Inklusions- und Integrationsgesetz“.

25. April 2017 SOS Mitmensch richtet vor der geplanten Abstimmung des Nationalrats über die Einschränkung des Versammlungsrechts einen eindringlichen Appell an alle Abgeordneten: Es gelte bereits den kleinsten Anfängen in Richtung Demokratieabbau zu wehren, so die Menschenrechtsorganisation. Scharfe Kritik übt SOS Mitmensch an Innenminister Wolfgang Sobotka. Dieser habe die Öffentlichkeit in die Irre geführt.

26. April 2017 SOS Mitmensch kündigt erneut den vierten Gesellschaftsklimatag an.

29. April 2017 SOS Mitmensch berichtet, dass im Rahmen des vierten Gesellschaftsklimatags an zahlreichen Orten „Sprechstunden der Vielfalt“ abgehalten wurden.

Mai

05. Mai 2017 SOS Mitmensch kündigt an, allen MitarbeiterInnen am 8. Mai frei zu geben und ruft zur Teilnahme am Fest der Freude am Wiener Heldenplatz auf.

17. Mai 2017 SOS Mitmensch kritisiert die geplanten Änderungen in der Antidiskriminierungsstelle in Oberösterreich. In Zukunft sollen sich nur noch Personen, die im Landesdienst tätig sind, für die Leitung der Antidiskriminierungsstelle bewerben können. Rechtskundig müssen diese Personen hingegen nicht mehr sein. Darüber hinaus soll die Antidiskriminierungsstelle nur noch „bei Bedarf“ einen Bericht erstellen müssen.

19. Mai 2017 Agenda Asyl - bestehend aus Asylkoordination, Diakonie, Integrationshaus, SOS Mitmensch und Volkshilfe - übt aus Anlass des Endes der Begutachtungsfrist für das Fremdenrechtsänderungsgesetz Kritik an geplanten Verschärfungen und Verschlechterungen.

22. Mai 2017 Zahlreiche Organisationen, darunter auch SOS Mitmensch, protestieren gegen die von der oberösterreichischen Landesregierung geplanten Verschlechterungen im Antidiskriminierungsbereich.

24. Mai 2017 SOS Mitmensch beantwortet 30 häufig gestellten Fragen zu MuslimInnen und Islam in Österreich; damit soll Wissen gestärkt und Vorurteilen vorgebeugt werden.

31. Mai 2017 SOS Mitmensch fordert zum Schicken einer Protest-Email an die Parteispitzen auf, um Druck auf die Politik gegen Rechtsextreme und Hetzer als Minister in Österreich zu machen.

Juni

02. Juni 2017 Das aktuelle MO Magazin erscheint. Darin spricht unter anderem Helga Feldner, eine der letzten Shoa-Überlebenden, darüber, warum sie aus Österreich nicht fliehen konnte, welchen Moralkodex sie weitergibt und wie sie den Aufstieg des Rechtspopulismus heute wahrnimmt.

07. Juni 2017 SOS Mitmensch fordert erneut zum Schicken einer Protest-Email an die Parteispitzen auf, um Druck auf die Politik gegen Rechtsextreme und Hetzer als Minister in Österreich zu machen.

12. Juni 2017 Bundeskanzler Kern hat auf einen offenen Brief von SOS Mitmensch reagiert. SOS Mitmensch hatte die Spitzen der Parlamentsparteien dazu aufgerufen, eine Garantie abzugeben, nach der kommenden Wahl keine Rechtsextremen und Hetzer in Ministerämter zu

befördern. Kern in seinem Antwortschreiben: „Wir arbeiten nicht mit Parteien zusammen, die gegen Menschen und Minderheiten hetzen.“

17. Juni 2017 SOS Mitmensch weist darauf hin, dass der neue Verfassungsschutzbericht nicht auf die enge Verzahnung der rechtsextremen Gruppierung der „Identitären“ mit der FPÖ hinweist. Von hochrangigen FPÖ-Funktionären soll offen für diese vom Verfassungsschutz beobachtete rechtsextreme Gruppierung geworben werden.

22. Juni 2017 Elisabeth Langer spricht mit SOS Mitmensch darüber, warum sie sich freiwillig in der Flüchtlingshilfe engagiert und was sie Menschen rät, die auch ehrenamtlich aktiv werden wollen.

28. Juni 2017 Peter Mennel spricht mit SOS Mitmensch darüber, warum er sich freiwillig in der Flüchtlingshilfe engagiert und was er Menschen rät, die auch ehrenamtlich aktiv werden wollen.

29. Juni 2017 Eine Erhebung von SOS Mitmensch fördert zahlreiche Lücken und Hürden beim Bildungszugang von jungen Asylsuchenden zutage. Problematisch seien nicht nur der Ausschluss von Asylsuchenden von der Ausbildungspflicht, sondern auch fehlende Bildungsplätze, Wartezeiten, abgelegene Quartiere und Einschränkungen beim Zugang zur Lehre. SOS Mitmensch fordert Verbesserungen in den Bundesländern und eine bundeseinheitliche Strategie.

Juli

04. Juli 2017 Maureen Devine spricht mit SOS Mitmensch darüber, warum sie sich freiwillig in der Flüchtlingshilfe engagiert und was sie Menschen rät, die auch ehrenamtlich aktiv werden wollen.

05. Juli 2017 SOS Mitmensch übt scharfe Kritik am Integrationsministerium. Die vom „Falter“ aufgedeckten Manipulationen an der Kindergarten-Vorstudie seien keine Bagatelle und dürften nicht schöngeredet werden. Sollten die Vorwürfe stimmen, dann habe das Integrationsministerium alle Regeln der Professionalität, der Seriosität und des Anstands verletzt, kritisiert die Menschenrechtsorganisation.

11. Juli 2017 SOS Mitmensch übt scharfe Kritik am erneuten Angriff von Innenminister Wolfgang Sobotka auf das Versammlungsrecht. Sobotka lasse den nötigen Respekt vor hart erkämpften demokratischen Grundrechten vermissen, so die Menschenrechtsorganisation, die alle Abgeordneten des Parlaments dazu aufruft, dem von Sobotka angekündigten Initiativantrag zur neuerlichen Einschränkung des Versammlungsrechts eine klare Absage zu erteilen.

12. Juli 2017 Walter Lackner spricht mit SOS Mitmensch darüber, warum er sich freiwillig in der Flüchtlingshilfe engagiert und was er Menschen rät, die auch ehrenamtlich aktiv werden wollen.

19. Juli 2017 Melitta Markon spricht mit SOS Mitmensch darüber, warum sie sich freiwillig in der Flüchtlingshilfe engagiert und was sie Menschen rät, die auch ehrenamtlich aktiv werden wollen.

26. Juli 2017 Christian Salmhofer spricht mit SOS Mitmensch darüber, warum er sich freiwillig in der Flüchtlingshilfe engagiert und was er Menschen rät, die auch ehrenamtlich aktiv werden wollen.

August

03. August 2017 Ernestine Spenger spricht mit SOS Mitmensch darüber, warum sie sich freiwillig in der Flüchtlingshilfe engagiert und was sie Menschen rät, die auch ehrenamtlich aktiv werden wollen.

09. August 2017 Traute Karner spricht mit SOS Mitmensch darüber, warum sie sich freiwillig in der Flüchtlingshilfe engagiert und was sie Menschen rät, die auch ehrenamtlich aktiv werden wollen.

16. August 2017 Konrad Lerch spricht mit SOS Mitmensch darüber, warum er sich freiwillig in der Flüchtlingshilfe engagiert und was er Menschen rät, die auch ehrenamtlich aktiv werden wollen.

21. August 2017 SOS Mitmensch kritisiert Sebastian Kurz' Versuch, PensionistInnen und Flüchtlingsfamilien gegeneinander auszuspielen. Kurz spreche fälschlicherweise von Gerechtigkeit, wo es in Wahrheit um etwas ganz anderes gehe: nämlich um ein Minimum an Lebensgrundlage und Menschenwürde.

23. August 2017 Gerda Zimmermann spricht mit SOS Mitmensch darüber, warum sie sich freiwillig in der Flüchtlingshilfe engagiert und was sie Menschen rät, die auch ehrenamtlich aktiv werden wollen.

29. August 2017 SOS Mitmensch kündigt die Pass Egal Wahl am 10. Oktober an. Mehr als eine Million Menschen sind von der Nationalratswahl ausgeschlossen, weil sie keinen österreichischen Pass haben. Gegen diesen Demokratieausschluss will SOS Mitmensch gemeinsam mit KooperationspartnerInnen ein starkes Zeichen setzen.

29. August 2017 SOS Mitmensch präsentiert die Plakatserie zur Pass Egal Wahl 2017 und beantwortet 20 Fragen zur Wahl.

31. August 2017 Bernhard Damoser spricht mit SOS Mitmensch darüber, warum er sich freiwillig in der Flüchtlingshilfe engagiert und was er Menschen rät, die auch ehrenamtlich aktiv werden wollen.

September

01. September 2017 SOS Mitmensch spricht mit dem CDU-Abgeordneten und innenpolitischen Sprecher der Partei CDU, Burkard Dregger, über den richtigen Umgang mit rechtspopulistischen Parteien, warum eine Koalition mit der AfD ausgeschlossen ist und warum die CDU den liberalen Islam fördert.

04. September 2017 SOS Mitmensch übt Kritik an der „Mindestsicherung light“, mit der die Sozialstandards in Österreich massiv nach unten gedrückt werden sollen. Den finanziell Schwächsten werde damit buchstäblich der Boden unter den Füßen weggezogen. Und die Deckelung der Mindestsicherung mit 1500 Euro bedeute nichts anderes, als mehr Kinderarmut in Österreich, so die Menschenrechtsorganisation.

06. September 2017 Verena Luttenberger spricht mit SOS Mitmensch darüber, warum sie sich freiwillig in der Flüchtlingshilfe engagiert und was sie Menschen rät, die auch ehrenamtlich aktiv werden wollen.

12. September 2017 SOS Mitmensch veröffentlicht eine Recherche, die die systematische Unterstützung der FPÖ-Führung für antisemitische, rassistische und neonazinahe Kreise dokumentiert. Mit der Förderung von Kreisen, die mit der neonazistischen NPD sympathisieren, habe die FPÖ-Führung einen schweren Vertrauensbruch gegenüber der österreichischen Bevölkerung begangen, so SOS Mitmensch. Die Organisation kritisiert weiter die Unterstützung der FPÖ für das Magazin „Aula“.

13. September 2017 SOS Mitmensch präsentiert Enthüllungen über die enge Verflechtung der FPÖ-Führung mit neonazinahen Kreisen rund um die Zeitschrift „Aula“. Auf ein und derselben Seite würden sich die antisemitischen Ergüsse eines Vertreters der neonazistischen NPD und ein Inserat des Bildungsinstituts der FPÖ finden, berichtet Alexander Pollak, Sprecher von SOS Mitmensch.

14. September 2017 SOS Mitmensch präsentiert weitere Enthüllungen mit dem Inhalt, die FPÖ habe durch ihre Inseratenschaltungen die Verunglimpfung und Beschimpfung von KZ-Überlebenden in der „Aula“ quasi mitgesponsert und danach sogar noch mehr inseriert.

15. September 2017 SOS Mitmensch präsentiert weitere Enthüllungen über die enge Verflechtung der FPÖ-Führung mit neonazinahen Kreisen rund um die Zeitschrift „Aula“. Unter anderem wurden mehrere teils großflächige Strache-Inserate in dem Magazin geschaltet, das gegen „Rassefremde“, „Vermischung“ und „die Entmachtung des überlegenen europäischen Elements“ zu Felde zieht.

29. September 2017 SOS Mitmensch berichtet über einen Hetzbrief der gegen die Organisation und deren Sprecher verfasst wurde. Anlass für den Brief ist die Recherche von SOS Mitmensch über das enge Verhältnis zwischen der FPÖ-Parteiführung und der Zeitschrift „Aula“.

Oktober

03. Oktober 2017 SOS Mitmensch kündigt erneut die Pass Egal Wahl am 10. Oktober an – zusammen mit KooperationspartnerInnen in Graz, Linz, Salzburg, Innsbruck und Klagenfurt.

04. Oktober 2017 SOS Mitmensch zeigt sich erfreut darüber, dass die Parteien der Grünen, Neos und KPÖ Plus angekündigt haben, WahlbeisitzerInnen zur am 10. Oktober stattfindenden „Pass Egal Wahl“ zu entsenden. Bei der Wahlaktion können Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft in Wahllokalen in Wien, Graz, Linz, Salzburg, Innsbruck und Klagenfurt ihre Stimme abgeben.

05. Oktober 2017 SOS Mitmensch kritisiert, dass die Teilnahme an Nationalratswahlen für immer mehr Menschen zu einer Frage des Geldes werde. Grund dafür seien die strikte Koppelung des Wahlrechts an die Staatsbürgerschaft und das für die Erlangung der Staatsbürgerschaft vorgeschriebene Mindesteinkommen.

06. Oktober 2017 SOS Mitmensch berichtet mit Verweis auf die aktuelle Ausgabe des Magazins „Aula“ zum wiederholten Male über das Engagement der FPÖ in dem antisemitischen, rassistischen und neonazinahen Magazin.

09. Oktober 2017 SOS Mitmensch zeigt sich erfreut darüber, dass zahlreiche Prominente, darunter ORF-Star Dirk Stermann, Autorin Sabine Gruber, Regisseurin Carolin Pienkos, Schauspieler Cornelius Obonya, die Sängerin Eloui und die Musical-Stars Drew Sarich und Ann Mandrella, am 10. Oktober ihre Stimme bei der Pass Egal Wahl abgeben werden.

10. Oktober 2017 SOS Mitmensch berichtet über das Stattfinden der Pass Egal Wahl 2017, bei der fast 1.900 Menschen ohne österreichischen Pass ihre Stimme abgegeben haben. Hinzu kamen hunderte Solidaritätsstimmen von Menschen mit österreichischer Staatsbürgerschaft. Wie bereits bei den vergangenen Pass Egal Wahlen schnitten die Rechtsparteien schwach ab.

16. Oktober 2017 SOS Mitmensch ruft Bundespräsident Alexander Van der Bellen, ÖVP-Obmann Sebastian Kurz und SPÖ-Obmann Christian Kern in einem offenen Brief dazu auf, rechtsextreme und neonazinahe Kreise nicht mit Regierungsmacht auszustatten.

17. Oktober 2017 SOS Mitmensch präsentiert Infos zu den Stationen der Wanderausstellung zur Verstrickung der FPÖ in neonazinahe Kreise.

19. Oktober 2017 SOS Mitmensch kündigt eine Pressekonferenz zur Verstrickung der FPÖ-Führung in Rechtsextremismus und neonazinahe Kreise am 24. Oktober an.

22. Oktober 2017 SOS Mitmensch präsentiert einen Videoappell von Rudolf Gelbard, einem der letzten noch lebenden Zeitzeugen des Holocaust. Gelbard zeigt sich tief betroffen darüber, dass in Österreich eine Partei in die Regierung kommen könnte, die von rechtsextremen Burschenschaffern durchgesetzt ist.

23. Oktober 2017 SOS Mitmensch berichtet, dass bereits mehr als 10.000 Menschen in den Tagen seit der Wahl eine E-Mail-Nachricht an die Spitzen der Republik gesendet und diese dazu aufgefordert haben, keine Regierungsmacht für rechtsextreme und neonazinahe Kreise zuzulassen.

24. Oktober 2017 SOS Mitmensch, das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, das Mauthausen Komitee Österreich und der Autor Hans-Henning Scharsach haben in einer gemeinsamen Pressekonferenz neue Recherchen über die Verstrickung der FPÖ in Rechtsextremismus veröffentlicht. Unter anderem wurde ein Dossier präsentiert, das ein seit Jahren bestehendes System der gegenseitigen Förderung von FPÖ-Parteiführung und neonazinahen Kreisen offenlegt.

26. Oktober 2017 SOS Mitmensch präsentiert die Wanderausstellung zu den rechtsextremen und neonazinahen Verstrickungen der FPÖ-Parteiführung vor der Bundespräsidialskanzlei. Anwesende PolitikerInnen wie Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Bundeskanzler Christian Kern und Wiens Bürgermeister Michael Häupl wurden auf die besorgniserregenden Erkenntnisse angesprochen.

November

02. November 2017 SOS Mitmensch richtet fünf Fragen an ÖVP-Obmann Sebastian Kurz betreffend seiner Regierungsverhandlungen mit der FPÖ. Kurz steuere, was seine "klaren Ansagen" hinsichtlich der Ablehnung von Antisemitismus, Rassismus, und Extremismus und den von ihm verkündeten Einsatz für Gleichberechtigung und Menschenrechte betrifft, auf einen gleich fünffachen Wortbruch zu.

03. November 2017 SOS Mitmensch ruft auf zur Teilnahme an der Lichterkette rund um das Regierungsviertel als Signal an die österreichische Politik, Ministerien nicht die Hände von Rechtsextremen zu geben.

06. November 2017 SOS Mitmensch präsentiert eine Videobotschaft von Helga Feldner, einer der letzten Überlebenden des Holocaust. Dass deutschnationale, schlagende Burschenschaffter drauf und dran sind in die österreichische Regierung zu kommen, macht die 88-jährige tief betroffen. Feldner erzählt, was sie in diesen Tagen bewegt.

08. November 2017 SOS Mitmensch ruft erneut zur Teilnahmen an der Lichterkette auf.

09. November 2017 SOS Mitmensch berichtet über die Inseratschaltung der FPÖ im neonazinahen Magazin „Info direkt“. „Es ist höchste Zeit, dass Medien und Politik, und hier insbesondere ÖVP-Obmann Sebastian Kurz, aufhören wegzuschauen. Eine Parteiführung, die

ohne Unterlass rechtsextreme und neonazinahe Kreise fördert und mitfinanziert, ist nicht vertrauenswürdig und keinesfalls ministrabel“, betont Alexander Pollak, Sprecher von SOS Mitmensch.

13. November 2017 SOS Mitmensch ruft erneut zur Teilnahme an der Lichterkette auf.

15. November 2017 SOS Mitmensch berichtet über den gewaltigen Andrang zur Lichterkette rund um das Regierungsviertel. Bis zu zehntausend Menschen bildeten eine 1.000 Meter lange leuchtende Schutzkette. SOS Mitmensch ruft ÖVP-Obmann Sebastian Kurz und Bundespräsident Alexander Van der Bellen dazu auf, ausschließlich vertrauenswürdige Personen, die nicht das Geringste mit rechtsextremen Verbindungen am Hut haben, in die machtvollsten politischen Ämter der Republik zu berufen.

20. November 2017 SOS Mitmensch übt scharfe Kritik an Plänen, bei Mindestsicherung und Grundversorgung zu kürzen. Damit werde Armut, insbesondere bei Kindern, vertieft und massiver Sozialabbau betrieben.

28. November 2017 SOS Mitmensch kündigt die Matinee zu 25 Jahren Lichtermeer am Heldenplatz an. Im Rahmen der Matinee soll Zivilcourage hochgehalten und gleichzeitig befeuert werden durch Gespräche mit außergewöhnlichen Persönlichkeiten und Auftritten von renommierten KünstlerInnen sowie durch die Verleihung des Zivilcourage-Preises von SOS Mitmensch.

29. November 2017 SOS Mitmensch veröffentlicht ein Dossier über die unterschiedlichen Verstrickungen von FPÖ-Führungskräften in Extremismus bis hin zur Nähe zu neonazistischen und verfassungsfeindlichen Organisationen. Die Organisation hat das Dossier auch an ÖVP-Obmann Sebastian Kurz und Bundespräsident Alexander Van der Bellen übermittelt.

Dezember

04. Dezember 2017 SOS Mitmensch berichtet, dass das Dossier zu Verstrickungen von FPÖ-Führungskräften in Rechtsextremismus bereits mehr als 12.000 Mal abgerufen wurde. Nicht überrascht zeigt sich SOS Mitmensch darüber, dass bereits der nächste Fall von Kontakten der FPÖ-Spitze zu einem rechtsextremen Netzwerk auftaucht ist.

07. Dezember 2017 Prominente GründerInnen von SOS Mitmensch erinnern sich an das Lichtermeer vor 25 Jahren. Hunderttausende demonstrierten Anfang 1993 für Menschlichkeit und gegen den neu aufkeimenden Rassismus. Anlass für die Erinnerungen ist das 25-Jahr-Jubiläum von SOS Mitmensch und die am 21. Jänner 2018 stattfindende Feier im Wiener Burgtheater.

11. Dezember 2017 SOS Mitmensch berichtet, dass die Präsidentschaftskanzlei auf das Extremismus-Dossier mit folgendem Schreiben reagiert hat: „Der Herr Bundespräsident wird im Rahmen seiner Möglichkeit, so wie er das öffentlich auch bereits angekündigt hat, darauf achten, dass in Sachen Regierungsbildung die in unserer Bundesverfassung festgeschriebenen

europäischen Grundwerte der Kompass für den Weg Österreichs in die Zukunft bleiben. Er wird dazu inhaltliche Ziele, aber auch personelle Vorschläge, sehr genau prüfen.“

13. Dezember 2017 SOS Mitmensch warnt vor einem gefährlichen Pakt zwischen ÖVP und FPÖ. Der angekündigte Regierungspakt droht zum Sprungbrett für Vertreter und Förderer des organisierten Rechtsextremismus in machtvollen und sicherheitsrelevante politische Ämter zu werden.

14. Dezember 2017 SOS Mitmensch appelliert an Bundespräsident Alexander Van der Bellen, nicht zuzulassen, dass sicherheitsrelevante Ministerien, wie das Innen- und Verteidigungsministerium, von Vertretern und Förderern des organisierten Rechtsextremismus übernommen werden.

15. Dezember 2017 SOS Mitmensch berichtet über die Verbindung von Kickl und Kunasek zu rechtsextremen Kreisen und warnt davor, was es bedeutet, Innen- und Verteidigungsministerium in die Hand der FPÖ zu legen.

17. Dezember 2017 SOS Mitmensch sieht im Pakt zwischen ÖVP und FPÖ einen gefährlichen Etappensieg für Rechtsextreme. Vertreter und Förderer des organisierten Rechtsextremismus werden mit Macht über sicherheitsrelevante Ministerien, sensible Daten und Menschenschicksale ausgestattet. Inhaltlich ist das Regierungsprogramm in vielen Bereichen von sozialer Kälte und gesellschaftlichem Rückschritt geprägt. SOS Mitmensch setzte vor der Pressekonferenz von Kurz und Strache am Kahlenberg ein Zeichen des Protests.

20. Dezember 2017 André Heller, Willi Resetarits, Milli Segal, Helmut Schüller, Josef Haslinger und Martin Schenk sprechen als GründerInnen von SOS Mitmensch über die Bedeutung von Zivilcourage in der heutigen Zeit.